

# Gegen die antisemitische Lust an der Gewalt

„Kill Zios“, „Zionism is a deathcult“, „Death, Death to the fcking IDF“ etc. sind einige der auch in Freiburg verbreiteten Graffitis und Parolen, die zeigen, wie sich die zunehmende Gewalt gegen Jüdinnen und Juden verschärft. Denn nicht nur die Geschichte zeigt: Es bleibt nicht bei Worten. Angriffe, Todesdrohungen und Schmierereien gegen Jüdinnen und Juden und Unterstützer\*innen sowie Sachbeschädigungen gegen Institutionen, die sich der Agitation radikaler Antizionist\*innen nicht fügen, sind mittlerweile an der Tagesordnung. Damit ist ein Teil der linken Szene endgültig bei einem radikalen Antizionismus und Antisemitismus angekommen, gleich dem der Faschisten und Islamisten, die mit Vorstellungen einer freien Gesellschaft rein gar nichts mehr gemein haben.

Diese Hetze gegen Israel steht in der Tradition des radikalen Antizionismus, der seine Wurzeln in der bürgerlichen Ideologie hat, im Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten gipfelt und nun von radikalislamistischen Kräften weitergeführt wird. So antibürgerlich, so antifaschistisch, so klassenkämpferisch Gruppen wie „Students for Palestine“, die „Revolutionäre Linke“ oder die „Linksjugend“ etc. sich auch geben: Mit ihrem Gerede von einer „zionistischen Entität“ und einer „israelischen Besatzung Palästinas“ sprechen sie Israel die Existenzberechtigung ab; sie fordern mit der Parole „from the river to the sea“ das Ende des jüdischen Staates und legitimieren die Massaker vom 7. Oktober 2023 als „legitimen Widerstand“. Wenn die „Anarchists4Palestine“ am 7.10.2025 auf Instagram ein Gruppenfoto vor der KaTS mit „Death, Death to the fckin IDF“ und „Wir kämpfen weiter“ posten, dann wird ihr Bedauern deutlich, dass das Morden der radikalen Islamisten von israelischen Soldat\*innen gestoppt wurde.

Schon radikale Linke in den 1960er Jahren, wie die Berliner „Tupamaros“ im Jahr 1969, haben Denkmuster der Nationalsozialisten übernommen, so beispielsweise die Rechtfertigung, Gewalt gegen Juden sei bloße Notwehr: „Aus den vom Faschismus vertriebenen Juden sind selbst Faschisten geworden, die in Kollaboration mit dem amerikanischen Kapital das palästinensische Volk ausradieren wollen.“ 1969 wurde ein jüdisches Gemeindehaus in Berlin zu einem ersten linksradikalen Anschlagziel.

Gemeinsam ist dieser Querfront der Hass auf den Westen, verdichtet im Zerrbild des von den USA und Großbritannien protegierten „faschistischen Kolonialstaates“ Israel. Mit realer Geschichte hat das nichts zu tun, wie der Publizist Karl-Hermann Gauß feststellt: „Um so weit zu kommen, Israel das Existenzrecht abzuspochen, musste aus dem Zionismus, der den jüdischen Staat als antikoloniale Bewegung geschaffen hatte, eine von Anbeginn wesentlich kolonialistische Bewegung gemacht werden. War das einmal geschafft, dann brauchte man sich für die Gründungsjahre Israels, für die Pläne einer Koexistenz, die von den arabischen Despoten und politischen Führern der Palästinenser stets kompromisslos abgelehnt wurden, erst gar nicht zu interessieren.“ Die antiisraelische Propaganda lügt sich die Geschichte nach Gutdünken zurecht und kommt dabei zu grotesken Ergebnissen. Dass sich die USA der Staatsgründung Israels gegenüber neutral verhielten, Israel dagegen anfangs von der Sowjetunion unterstützt wurde, wird unterschlagen, damit Israel schon von Beginn an als „faschistischer Siedlerstaat“ denunziert werden kann. Im April diesen Jahres wurde eine Feier zum israelischen Unabhängigkeitstag in Freiburger Antifa-Kreisen als „Faschoevent“ bezeichnet. Was der Begriff „Faschismus“ politisch wie historisch bedeutet, spielt dabei offenkundig keine

Rolle; es geht ausschließlich um eine Feindmarkierung zur Rechtfertigung der eigenen Aggression.

Der ägyptische Premierminister Mahmud an-Nu-kraschi Pascha begründete die Vertreibung der arabischen Juden 1948 aus dem eigenen Land übrigens keineswegs religiös oder nationalistisch, sondern politisch: „Alle Juden waren Zionisten [...] und alle Zionisten waren Kommunisten.“ Weil Israel aber nicht wie gewünscht zum stalinistischen Satellitenstaat wurde, wurden aus den von Linken „geschätzten kommunistischen Zionisten“ ganz schnell „verachtete zionistische Kolonisatoren“ (Gauß). Dass die Hagana, also der bewaffnete Arm der zionistischen Kräfte, auch militärisch gegen die Kolonialmacht Großbritannien vorging – egal. Dass Israel als Vorbild für eine postkoloniale Staatsgründung galt und dementsprechend einige Dutzend afrikanische Staaten bis Ende der 60er Jahre enge Beziehungen mit Israel pflegten – wie zum Beispiel besonders der Kongo –, interessiert die Aktivist\*innen von heute nicht, wenn es darum geht, unter der Parole „Free Congo“ die Solidarität der unterdrückten Völker zu preisen.

Die „internationalistische“ Linke reproduziert in dieser Form nur die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft, die einerseits ein universales Tauschverhältnis im notwendig globalen Maßstab entwickelt, das sich andererseits im nationalen Rahmen in Form konkurrierender Nationalstaaten bildet. So kommt es zu der widersinnigen Formel, der internationale Klassenkampf möge doch die Voraussetzung für den palästinensischen Nationalstaat schaffen: „Klassenkrieg, Klassenkrieg, Intifada bis zum Sieg“, wie im Palästina-Block auf der „Demo gegen Rechts“ in Freiburg am 22.2.2025 gerufen wurde, womit der Judenmord an zahllosen Zivilist\*innen im Rahmen der Zweiten Intifada mit Selbstmordanschlägen als Vorbild gepriesen wird.

Dass die Ausgebeuteten kein „Vaterland“ haben können, wussten früher antinationale Marxist\*innen; „internationalistisch“ Gesinnte von heute sehen sich nach dem Volksstaat in einer, wie von den Rechten vorformuliert, ethnisch definierten Gestalt, aber eingekleidet in das Gewand der jahrhundertelangen „Kultur“, die nun ihre rechtmäßige Staatsform erhalten müsse. Der Gleichklang mit faschistischer Rhetorik hört da nicht auf: „Hands off the Middle East“ heißt es bei den Demos der „Students for Palestine“ und „Palästina Spricht“, wenn Israel sich gegen das über 150.000 Raketen umfassende Arsenal der Hezbollah zur Wehr setzt, mit dem ein Leben in Nordisrael unmöglich gemacht werden sollte – oder gegen die Todesdrohung der Islamischen Republik Iran, die die Zerstörung Israels zum



Screenshot, Instagram, 07.10.2025

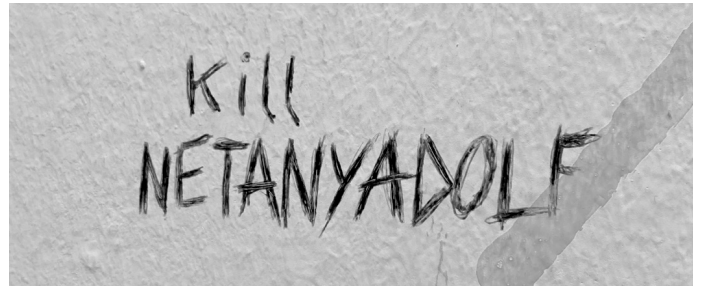
obersten Staatszweck erhoben hat und dafür an der Atombombe schmiedet. Bei den Björn Höckes und Götz Kubitscheks im faschistischen Lager klingt es da schon etwas gehobener; sie fordern mit Carl Schmitt schon lange das „Interventionsverbot raumfremder Mächte“.

Die Zeitrechnung der Gruppen um „Palästina Spricht“ und der neoautoritären K-Gruppen wie der Revolutionären Linken, Linksjugend etc. beginnt erst um 1948 – wie aus dem Nichts setze mit der israelischen Staatsgründung die Nakba, die Vertreibung der Palästinenser\*innen, ein. Die Verdrängung der Geschichte ist keinesfalls zufällig, sondern notwendig, um die historische Besonderheit Israels zu verneinen und diesen zu einem kolonialistischen Siedlerstaat umzulügen. Kein Wort davon, dass Palästina die Stätte des historischen Israels ist, Jüdinnen und Juden während der römischen Besatzung vertrieben wurden; Schweigen über die Arabisierung und Islamisierung im Mittelalter, um die Illusion eines historisch gewachsenen Palästinas

aufrechtzuerhalten. Ebenso verschwiegen werden die historischen Erfahrungen, die zur Gründung Israels führen: fehlende rechtliche Gleichstellung in muslimischen Ländern, Pogrome, schließlich die Vernichtungspolitik in Europa und das Bündnis der Nationalsozialisten mit radikalen Muslimen wie dem Obermufti von Jerusalem Mohammed Amin al-Husseini, der in den 40er Jahren in Berlin lebte, Adolf Hitler hofierte und den Vernichtungsantisemitismus der Nationalsozialisten durch die Propagandasendungen des „Radio Zeesen“ auf Arabisch und Persisch im Mittleren Osten verbreitete. Der Plan von SS-Truppen und arabischen Hilfsmilizen, nach der Eroberung Palästinas dort alle Jüdinnen und Juden zu töten, konnte nur durch die militärische Niederlage Nazideutschlands verhindert werden.

Die Vernichtungslust, die sich bereits 1948 in der Hoffnung entlud, die „Juden ins Meer zu treiben“, wie ihnen dann im Mai 1967 von dem ägyptischen Präsidenten Gamal Abdel Nasser öffentlich gedroht wurde, hintertrieb das historische Projekt einer Zwei-Staaten-Lösung. Heute zeigt es sich wieder in der unverhohlenen Mordlust der Täter des 7.10.2023 und ihrer Bewunderer auch in der radikalen Linken, die dem verhassten Staat Israel endlich den Garaus machen wollen.

Es überrascht nicht, dass in der Agitation kaum die Rede davon ist, wie ein zukünftiger palästinensischer Staat aussehen soll; die Sehnsucht „from the river to the sea“ speist sich nicht aus einer wie auch immer gestalteten Utopie, sondern dem Wunsch nach Vernichtung des jüdischen Staates bis in die Sprache der Freiburger Aktivist\*innen, die geprägt ist von Entsublimierung, Triebabfuhr und Gewalt-

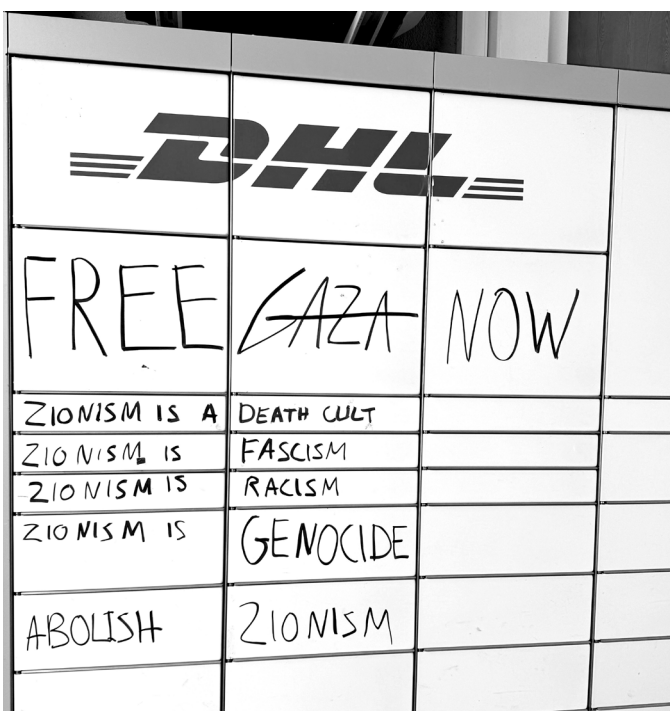


Unibibliothek Freiburg Toilette EG, 2025

lust: „Tod dem weißen Feminismus“ (Demo zum Aktionstag gegen Gewalt an Frauen), „Klassenkrieg bis zum Sieg“ und die von Students for Palestine im Studierendenrat der Universität Freiburg geäußerte Schuldabwehr, dass alle – auch jüdischen – Toten am 7.10.2023 letztendlich auf das Konto der Juden selber gingen.

Auch dieses Denken geht auf den Nationalsozialismus zurück, wie Alexander Stein bereits 1933 in seiner Schrift „Adolf Hitler. Schüler der ‚Weisen von Zion‘“ beobachtete. Stein argumentierte, dass die Nationalsozialisten das Feindbild des „verschwörerischen Juden“ nutzten, um dessen vermeintliche Taktiken selbst anzuwenden. Stein sah in der NS-Propaganda eine psychologische Umkehrung: Man bezichtigt den Gegner der Taten, die man selbst plant oder zu begehen wünscht. Wenn man Zionismus, also die Bewegung zur Gründung einer jüdischen Staatlichkeit, als „Todeskult“ denunziert und den antisemitischen Massenmord am 7.10.2023 bejubelt, wird dies genau deutlich.

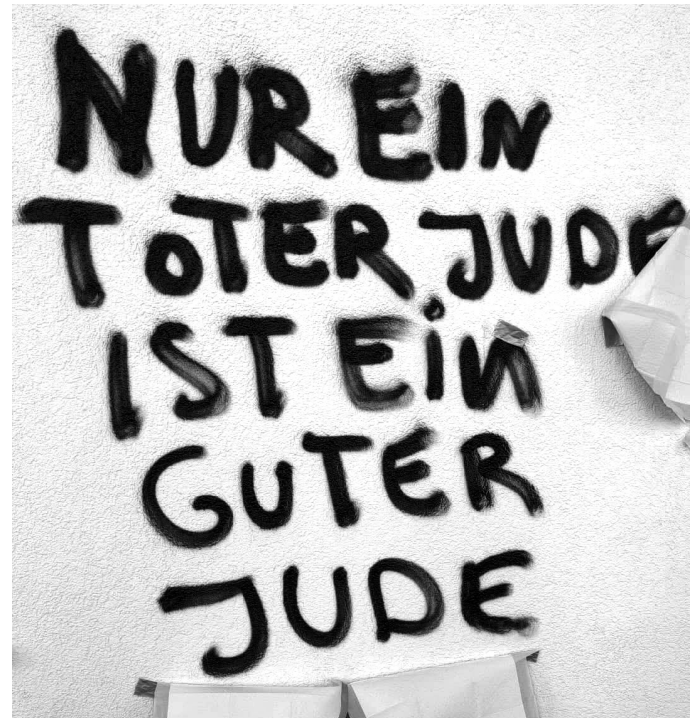
Ziel der Bewegung ist die Zerstörung Israels und damit – nach Stand der Dinge, wie es der als „Widerstandsakt“ geadelte 7.10.2023 gezeigt hat – die Tötung und Vertreibung der dort lebenden Jüdinnen und Juden. Koexistenz und friedliche Beziehungen Israels mit seinen Nachbarn, bspw. ausgedrückt durch die Abraham-Accords mit Marokko, den Vereinigten Arabischen Emiraten, Bahrain und dem Sudan, sind nicht gewünscht: Auf der „Großdemo Freiburg United4Gaza“ auf dem Stühlinger Kirchplatz am 11.07.2025 ließ die Rednerin der „Revolutionären Linken“ unter Beifall des Publikums vernehmen: „Wir verurteilen die Regime in der Region, die ihre Beziehung mit der israelischen Besatzung normalisieren. Diese Regierungen vertreten nicht ihre Menschen, sondern Kapital und Imperialismus“, d. h. sie fordert die Fortführung



Wiehre, Freiburg, 2025

des ewigen Krieges gegen Israel. Der wird in der Region von islamistischen Kräften wie der Hamas, der Hezbollah, den Houthis unter Koordination und Finanzierung der Islamischen Republik Iran geführt, die ihre Macht aufrechterhalten, indem sie ihre eigene Bevölkerung blutigst terrorisieren und zugunsten der Finanzierung eines nicht zu gewinnenden Krieges verarmen lassen. Und für den Krieg gegen Israel nimmt man auch die Opfer der eigenen Bevölkerung in Kauf, beziehungsweise plant diese im Kriegskalkül ein, um Israel öffentlich des Massenmords anprangern zu können.

Denn: Wären die israelischen Geiseln im Gazakrieg früher freigelassen worden, wären Zerstörung und Leid vermieden worden – das allerdings wäre nicht im Sinne der Hamas. Dass die Forderung nach der Freilassung der israelischen Geiseln in der „pro-palästinensischen“ Bewegung nie gestellt wurde, zeigt, dass man sich längst Rhetorik und Ideologie der Hamas und anderer terroristischer Gruppen zueigen gemacht hat und damit die Märtyreriologie und die Kriegstaktik der vom Iran angeführten islamistischen Kräfte nach einer möglichst langen



*Prenzlauer Berg, Berlin, April 2026*



*Demoparole, Instagram Story von Palästina Spricht, Demonstration am 18.04.2026 Freiburg,*

Fortführung des Krieges unterstützt. Und so wundert es auch nicht, dass in dem anschließenden Aufruf bei der genannten Demo gegen „Kapital“, „Imperialismus“ und „Unterdrückung“ die Nennung des Islamismus fehlt, dessen antizionistische Rhetorik man selbst bedient.

„Palästina spricht“ und die zahlreichen Umfeldorganisationen in der autoritären Linken arbeiten wie rechtsextreme Kräfte mit den Mitteln der Umdeutung, selektiven Geschichtsschreibung, Gewaltretorik und Denunziation, um, ganz zeitgenössisch gesprochen, „disruptiv“ den Staat Israel zu zerstören. Wer darin keine Parallelen zum Faschismus und Islamismus sieht, sondern dieser Agitation auch noch Raum bietet, ist mitschuldig an der immer prekärer werdenden Situation von Jüdinnen und Juden in Deutschland und verrät diejenigen Kräfte wie Kurd\*innen, Iraner\*innen und Jesid\*innen, die in der Region Opfer des Islamismus sind. Die in den genannten Beispielen zum Ausdruck kommende Aggression zeigt die Notwendigkeit des Schutzes jüdischen Lebens auch durch einen eigenen Staat; dessen Existenz ist die unmittelbarste Lehre aus der Erfahrung des Nationalsozialismus, ebenso wie eine Kritik der Gewalt, die Ablehnung von Kriegen und das Streben nach einer friedlichen Koexistenz.